



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 81821 - 33

Fernschreiber 0886890

P/XIV/147 - 6. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

| | | |
|-------|--|-----|
| 1 | "Deutschland erwache!" Herr Schlamm und der Präventivkrieg | 45 |
| 2 - 4 | Parteipolitischer Missbrauch der "Bundeswehr" Querverbindungen CDU - Bundeswehrführung aufgedeckt | 120 |
| 5 | Sozialleistungen in Schweden Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Hübner | 48 |
| 6 - 7 | IUSY-Camp in Westberlin 5000 junge Menschen folgten der Einladung der IUSY | 70 |

* * *
* *

"Deutschland erwache!"

sp - Um zwanzig Minuten musste Werner Höfer Sonntagmittag seine Fernsehsendung "Internationaler Frühschoppen" verlängern. Man hatte so heftig in das "heisse Eisen" gegriffen, dass massive Zurechtweisungen notwendig waren, um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als wolle man im Deutschen Fernsehen der These vom Präventivkrieg gegen die Sowjetunion Raum und Echo geben.

Was war geschehen? Munter plätschernd war man wie üblich an den jüngsten Tagesereignissen vorbeigedankelt, als plötzlich die Rede auf das Buch "Die Grenzen des Wunders" von William S. Schlamm zu sprechen kam. Herrn Schlamm's These ist einfach: er liebt zwar das russische Volk, aber "Chruschtschow muss ausgemerzt" werden. Die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion sei eine Gefahr, der man unter Umständen auch mit einem Präventivkrieg begegnen müsse.

Die Deutschen in der Bundesrepublik hätten zwar ein Wirtschaftswunder vollbracht, aber da sie sich kaum für die Wiedervereinigung interessierten, müsste man eigentlich sagen "Deutschland erwache!" Unter "Wiedervereinigung" scheint Herr Schlamm einen Kreuzzug gen Osten zu verstehen. Die Deutschen seien das einzige zu Führungsansprüchen in Europa berechtigte Volk. Sie seien der natürliche Verbündete der USA in der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Osten.

Mit Takt, Umsicht, aber auch mit bewunderungswürdiger Festigkeit hat Werner Höfer versucht, den Schwall unausgegorener Reden und Gedanken des Herrn Schlamm auf das Maß des Vernünftigen zurückzuführen. Eine beachtliche Leistung, zu der Werner Höfer zu beglückwünschen ist.

Aber zur Sache: In dieser Fernsehsendung wurde mit aller Brutalität von Herrn Schlamm ausgesprochen, was in den Köpfen jener geistern mag, die das Bemühen um eine Entspannungspolitik zwischen West und Ost schon längst aufgegeben haben. Für sie ist die Politik Moskaus statisch, sie hat sich seit Lenin und Stalin nicht verändert.

In der letzten Konsequenz führt die Negation aller Entwicklungsmöglichkeiten in der Sowjetunion zu dem schrecklichen Schluss, möglichst heute schon mit der Wasserstoffbombe den "Kommunismus auszulöschen". Die Gedanken des Herrn Schlamm gehen von der falschen Voraussetzung aus, dass sich nichts im Leben der Völker ändert, dass ein "Erbfeind" immer ein "Erbfeind" bleibt, der zu vernichten ist.

Am Ende eines solchen Denkens steht die verseuchte und zerstörte Welt, stehen die Selbstaufgabe und die Selbstvernichtung jedes Lebens und jeder Vernunft.

Vielleicht hat mancher am Bildschirm in dieser Stunde begriffen, dass die Mörder im Geist auch unter uns weilen, denen so schnell wie möglich das Handwerk gelegt werden muss.

Partei politischer Missbrauch der "Bundeswehr"

sp.- Nicht allein der Zufall war es, der diese für die Betroffenen sicherlich mehr als peinliche Aufdeckung einer sehr unerfreulichen Querverbindung möglich machte; der seit langem vorhandene Argwohn hatte die Augen geschärft. Die Querverbindung, die das Wirken bestimmter Kräfte aus der CDU/CSU und der Bundesregierung in die Bundeswehr hinein unverwischbar deutlich werden lässt, sieht so aus:

Erstens: Am 19. Juni 1959 berichteten die CDU-offiziösen "Bonner Informationen aus erster Hand" von einem "politischen Leitplan", der von "einflussreichen politischen Kreisen in Bonn" vorgelegt worden sei. Eingangs wurde betont, dass zwar kein feststehendes Programm entwickelt werden könnte, weil die Aussenpolitik "nicht programmatischer, sondern pragmatischer Natur" sei; doch gelte es, "Leitlinien" aufzuzeigen, denen die Politik zu folgen habe, wobei sie sich in einzelnen Phasen der Situation elastisch anzupassen habe. Grundsätzlich dürfe man die Ziele nicht zu weit stecken, weil man sonst Gefahr laufe, ins Reich der Wunschträume zu entweichen.

Die "Bonner Informationen aus erster Hand" schrieben weiter: Folgende Punkte kennzeichnen diese Leitlinie der europäisch-amerikanischen (!) Politik: 1. Das Bemühen um die Einigung Europas sollte intensiv fortgesetzt werden, jedoch müsste man sich von der Vorstellung freimachen, dass aus Europa eine dritte weltpolitische Kraft in überschaubarer Zeit entstehen könnte. Aus diesem Grunde ist es notwendig, das Integrationsstreben in Europa mit der Intensivierung der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit zu verknüpfen. 2. Man werde sich an den Gedanken jahrelanger Verhandlungen mit den Sowjets gewöhnen müssen, aus denen keine schnellen Ergebnisse zu erwarten sind. Man muss sich davor hüten, in jedem Quartal einen neuen Plan zu entwickeln, der dem Verhandlungspartner wiederum ein Stückchen entgegenkommt. Man werde auch Illusionen aufgeben und sich bewusst werden müssen, dass eine Änderung des status quo nicht im Bereich der gegenwärtigen Möglichkeiten liegt. 3. ... 4. Im Rahmen der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit werde man die Verteidigungsanstrengungen in dem als notwendig erkannten Masse fortzusetzen haben, sie also nicht durch Lockungen und Drohungen verzögern lassen dürfen."

Zweitens: Am 1. Juli 1959 veröffentlichte die CDU-offiziöse "Politisch-Soziale Korrespondenz" (Bonn) ein Interview mit dem Bundesverteidigungsminister Franz Joseph Strauss (CSU), aus dem wir folgende Passagen zitieren.

"Die Aussenpolitik ist nicht programmatischer, sondern pragmatischer Natur. Sie muss einer Leitlinie zwar folgen, sich jedoch in einzelnen der jeweiligen Situation anzupassen verstehen. Sie darf ihr

Ziel nicht zu weit stecken, weil sie sonst Gefahr läuft, illusionär zu werden. Von diesen Gedanken ausgehend wird man für die künftige Politik folgendes zu berücksichtigen haben: 1. Man wird bereit sein müssen, langjährige Verhandlungen mit den Sowjets zu führen ... Man wird also aus solchen Verhandlungen in Moskau keine schnelleren Ergebnisse erwarten dürfen, etwa im Sinne, dass in jedem Quartal ein neuer Plan, der dem Verhandlungspartner wiederum ein Stückchen entgegenkommt, das Licht der Welt erblickt. Man wird in den Verhandlungen fest sein müssen und frei von Illusionen, dass eine Änderung des status quo im Sinne der Freiheit Gesamtdeutschlands im Bereich der gegenwärtigen Möglichkeit liegt ... 2. Man wird die Verteidigungsanstrengungen im Rahmen des atlantischen Bündnissystems in dem als notwendig erkannten Masse fortsetzen müssen, sich also nicht durch Locken und Drohungen aus dem Osten hinhalten lassen dürfen ... 3. Man wird das Bemühen um die Einigung Europas mit grosser Geduld ... fortzusetzen haben. Doch wäre es irrig, der Vorstellung zu folgen, dass aus Europa in überschaubarer Zeit eine dritte weltpolitische Kraft werden könnte. Das Integrationsstreben unseres Kontinents wird daher verbunden sein müssen mit der Intensivierung der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit ...".

Drittens: Anfang Juli 1959 veröffentlichte das offizielle Organ des Bundeswehr-Verbandes "Die Bundeswehr", in dieser Nummer 7 einen Artikel "Die zertrümmerten Illusionen" von einem Herrn Nikolaus Tschinsky aus Bonn, zu dessen Person am Schlusse dieses Artikels noch etwas zu sagen ist. In den Tschinsky-Ausführungen sind unter anderem folgende Passagen zu finden:

"... Denn die Aussenpolitik ist nicht programmatischer, sondern pragmatischer Natur. Sie muss einer Leitlinie zwar folgen, sich jedoch im einzelnen der jeweiligen Situation, der jeweiligen Chance elastisch anzupassen verstehen. Sie darf ihre Ziele nicht zu weit stecken, weil sie sonst Gefahr läuft, illusionär zu werden...
... Gestützt auf eine solche Solidarität wird man sich mit dem Gedanken an lange, jahrelange Verhandlungen mit den Sowjets befreunden müssen. Man wird aus solchen Verhandlungen mit Moskau keine schnellen Fortschritte erwarten dürfen, keine Ergebnisse etwa im Sinne, dass in jedem Quartal ein neuer Plan, der dem östlichen Verhandlungspartner wiederum ein Stückchen entgegenkommt, das Licht der Welt erblickt ... Man wird sich also bei solchen Verhandlungen bewusst sein müssen, dass der Status quo - so schmerzlich er sein mag - auf absehbare Zeit wohl kaum geändert werden kann... Man wird die Verteidigungsanstrengungen im Rahmen der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit in dem als notwendig erkannten Masse fortsetzen müssen, den Aufbau und die moderne Ausrüstung der Streitkräfte also nicht durch Lockungen oder Drohungen des Ostens verzögern oder gar behindern lassen dürfen."

Soweit die Zitate aus:

1. "Bonner Informationen aus erster Hand" (GDU-offiziös),

2. "Politisch-Soziale Korrespondenz" (CDU-offiziös (Interview mit Strauss und
3. "Die Bundeswehr" (offizielles Organ des satzungsmässig überparteilichen Bundeswehr-Verbandes).

Die bis zur Peinlichkeit wortgetreue Übereinstimmung auch in den Einzelformulierungen ist so offenkundig, dass man kaum noch darauf hinweisen muss. Aber diese Wortlaut-Identität ist existent, nicht wegzuleugnen und verräterisch. Sie verrät die Quelle und die Spur der planmässigen und rücksichtslosen parteipolitischen Infiltration und Beeinflussung der Bundeswehr, die ein Organ des von allen demokratischen Parteien getragenen Staates ist.

Zu dem, was hier an Unheilvollem und Böartigem zu Lasten und zum Schaden durch die CDU/CSU der Bundeswehr getan worden ist, hat - über den Anlass der status-quo-Festlegung des Herrn Strauss hinaus - jetzt nur noch der Bundestag das Wort.

Zum Schluss ein kurzes Wort zu Herrn Nikolaus Tschinsky, der als politischer Staatschreiber der "Bundeswehr" fungiert. Wer Herr Tschinsky ist, weiss man offiziell nicht. Auf offizielle Anfragen beispielsweise bei Herrn Major A. Taulin, Oberverantwortlicher Redakteur der "Bundeswehr", erhält man keine oder nur ausweichende Antworten. Bei Rückfragen bei der Geschäftsführung des "Bundeswehr-Verbandes" erhält man keine oder nur ausweichende Antworten. Bei Rückfragen bei dem Dortmunder Lensing-Verlag erhält man keine oder nur ausweichende Antworten. Wer also ist Herr Tschinsky? Stimmt es, dass Herr "Tschinsky" in einem wichtigen Büro des Bundesverteidigungsministeriums, das mit Öffentlichkeitsarbeit zu tun hat, Dienst tut, allerdings unter anderem Namen? Ergibt sich daraus die Ideen- und Formulierungsgleichheit zwischen Herrn "Tschinsky" und seinem Chef Franz Joseph Strauss? Nur, wie immer dem sein möge: Nichts gegen "Decknamen", aber alles gegen einen "nom de guerre", hinter dem sich der wenig soldatisch-tapfere Träger einer infamen parteipolitischen Vergiftungskampagne gegen die SPD verbirgt!

+ + +

Adenauers sportliche Ambitionen

Laut dpa-Meldung brüstete sich Adenauer am letzten Sonntag in Dortmund auf dem Dritten Verbandstreffen der Katholischen Sportorganisation "Deutsche Jugendkraft" vor 10 000 Sportlern: "... ich huldige auch dem Sport und zwar, bildlich gesprochen, hier und da dem Boxsport".

Wir können ihm das nur bestätigen. Am besten beherrscht er den Tiefschlag.

+ + +

Sozialleistungen in Schweden

Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Hübner

Mehr als sechs Milliarden Schwedenkronen (etwa fünf Milliarden DM) werden in Schweden alljährlich für Sozialzwecke ausgegeben. Das Land zählt nur 7 400 000 Einwohner. Die Kopfquote ist demnach ausserordentlich hoch. Im Rahmen seiner statistischen Erhebung für die nord-europäischen Länder sind kürzlich anhand der Daten für 1957 Einzelheiten über das schwedische Sozialbudget publiziert worden, die zu Vergleichszwecken auch den Leser in der Bundesrepublik interessieren dürften.

Die grössten Ausgaben erfordert das Krankenwesen. Es sind 2 246 Millionen sKr; hiervon werden 915 Millionen sKr von den Gemeinden aufgebracht, 641 Millionen sKr vom Staate, 290 Millionen sKr von den Arbeitgebern

An zweiter Stelle rangiert die Altersversorgung und Invalidenhilfe mit Ausgaben in Höhe von 2 142 Millionen sKr, von denen der Staat 1 283 Millionen sKr, und die Gemeinden 404 Millionen sKr beisteuern. Die grösste Teilpost innerhalb dieser Ausgabengruppe bilden die staatliche Volkspension und die Invalidenpension in Höhe von 2 000 Millionen. Nach Einführung der kürzlich beschlossenen Dienstpension, welche von den Arbeitgebern zu decken ist, wird der Pensionsaufwand sehr steigen, da viele Arbeiter, welche bisher auf die Volkspension und eventuelle private Versicherungen angewiesen waren, nun darüber hinaus in den Genuss einer ergänzenden Dienstpension kommen werden.

Die drittgrösste Ausgabengruppe bilden die Sozialleistungen für die Familie mit 1 066 Millionen sKr, von denen 536 Millionen sKr auf den staatlichen Kinderbeitrag entfallen, 150 Millionen sKr auf die unentgeltlichen Schulumahlzeiten, 106 Millionen sKr auf Mietsbeiträge für kinderreiche Familien und der Rest auf Mütter- und Säuglingsfürsorge, allgemeine Kinderfürsorge, Gesundheitsdienst in den Schulen unter anderem. Die Kosten werden vom Staate mit 785 Millionen sKr und von den Gemeinden mit 281 Millionen sKr getragen.

Für Arbeitsunfälle und ihre Verhütung wurden 1957 - grösstenteils aus staatlichen Mitteln - 179 Millionen sKr aufgebracht.

Die Arbeitslosenhilfe erforderte einen Aufwand von 179 Millionen sKr, hiervon deckte der Staat 122 Millionen sKr. Im Jahre 1958 waren diese Ausgaben wesentlich höher, da sich die Wirtschaftsabschwächung auf den Weltmärkten auch auf Schweden auswirkte.

Die sonstigen Sozialleistungen einschliesslich der zentralen Verwaltungskosten beliefen sich 1957 auf 210 Millionen sKr.

Insgesamt erreichten die Sozialausgaben Schwedens 1957 unter Berücksichtigung verschiedener Fonds die Höhe von 6 022 Millionen sKr. Dieser Betrag entsprach etwa 12,4 Prozent des Nationaleinkommens. Die Finanzierung dieser Sozialleistungen erfolgte zum grössten Teile, nämlich mit 4 650 Millionen sKr, über das Staatsbudget und über die Gemeinden, also aus Steuern und Abgaben. Mit 417 Millionen sKr steuerten die Arbeitgeber zur Kranken- und Unfall-Versicherung bei. Der Rest wurde von der Bevölkerung direkt aufgebracht. Durch die Sozialleistungen wurde in Schweden demnach ein beachtenswerter Einkommensausgleich erzielt.

IUSY-Camp in Westberlin

B.B. - Inmitten des eleganten Treibens auf dem Berliner Kurfürstendamm, vor den leuchtenden Auslagen der Geschäfte und unter den Sonnendächern der Cafés und Kühnchenbraterien trifft man in diesen Tagen auf bunte Hemden, kurze Hosen, auf lustige Pudelmützen oder plakettenbesteckte Stroh-Sombreros über braungebrannten, jungen Gesichtern. Meet your friends in Berlin - Triff Deine Freunde in Berlin: unter diesem Motto lud die Internationale Union Sozialistischer Jugend (IUSY) zu ihrem diesjährigen grossen Jugendtreffen ein. Fünftausend junge Menschen aus 35 Ländern folgten dieser Einladung - fünftausend junge Sozialisten nicht nur aus allen europäischen Ländern, sondern auch aus Argentinien, Brasilien, Chile, Burma, Ghana, Indien, Indonesien, Jamaika, Malta, Uruguay und Tunesien. Junge Exilsozialisten aus den Diktatorländern - Estland, Tschechien, Ungarn, Spanien u.a. - treffen hier in Berlin Gesinnungsfreunde aus aller Welt. Auch polnische und jugoslawische Jugendliche sind nach Berlin gekommen - sie dürften oft Mittelpunkt heisser Diskussionen sein. Sie alle sind für zehn Tage Teilnehmer der grossen internationalen Gemeinschaft des IUSY-Camps 1959 in Berlin - eines Ereignisses, das selbst in der Weltstadt nicht unbemerkt bleibt.

"Wir bitten um Verständnis dafür, dass vom 1. bis 10. Juli ein Teil des Volksparks Rehberge für den Publikumsverkehr gesperrt wird" ... entschuldigte sich die Verwaltung bei der Bevölkerung. Die Berliner zeigten sehr viel Verständnis und Wohlwollen. Zu tausenden wanderten sie am "Besuchssonntag" durch das Lager, warfen einen Blick in die Zelte, unterhielten sich, oft unter Überwindung grösster Sprachschwierigkeiten, mit den Lagerbewohnern, und viele von ihnen luden am Ende die jungen Leute aus fernen Ländern zu sich nach Hause, zu einem Stadtbummel oder zu einer Rundfahrt im Auto ein.

Allerdings hat der "Besuchssonntag" auch seine Schattenseiten. In Gruppen von vier bis sechs Personen schlendern junge Leute durch das Lagertor, an dem ausnahmsweise an diesem Tage keine Lagerkarten vorgewiesen werden müssen. Sehr bald beginnen sie Gespräche über Frieden, Freiheit und westlichen Imperialismus, deren Färbung selbst solchen jungen Ausländern auffällt, die nicht besonders gut über die deutsche und die Berliner Situation Bescheid wissen. Die Agitationskader der FDJ, zwar in Zivil, aber dennoch unverkennbar, werden höflich, aber bestimmt von den freiwilligen Lager Helfern hinauskomplimentiert. Zweihundert Mitglieder der Berliner sozialistischen Jugendverbände haben sich als

Helfer während der Lagerzeit zur Verfügung gestellt, die als "Lagerpolizei", Dolmetscher, Fremdenführer oder Rat- und Auskunftgeber wirken. "Die FDJ?" sagt einer, "die riech ick schon von weiter. Wir wissen schon, was wir da zu tun haben."

*

IUSY-Camp - das bedeutet abendliches Lagerfeuer, an dem zum Gitarrenspiel Lieder aller Länder erklingen, an dem manches Lachen ertönt und manche Freundschaft geschlossen wird. Es bedeutet leidenschaftliche Wettkampf im Sport zwischen schnell zusammengestellten internationalen Mannschaften, und es gibt dabei nicht weniger Enthusiasmus bei Spielern und Zuschauern als im grossen Sport. Es bedeutet babylonisches Sprachgewirr, Unterhaltungen, die vorwiegend aus anschaulichen Gesten bestehen, bei denen man sich aber dennoch prächtig versteht - was nicht ausschliesst, dass sich das Esperanto-Zelt im Camp, in welchem man Goethes "Faust" in Esperanto haben kann, regen Zuspruchs erfreut.

IUSY-Camp bedeutet aber noch mehr. Es ist eine Demonstration der jungen Kraft des demokratischen Sozialismus in der ganzen Welt. Politische Diskussionen, Kundgebungen und öffentliche Veranstaltungen stehen im Mittelpunkt des Lagerprogramms. In drei Seminaren beschäftigen sich die Lagerteilnehmer mit aktuellen politischen Themen, vor allem mit der Situation in Deutschland und Berlin und mit dem Kommunismus. In einer grossen Kundgebung zu Beginn des Camps sprachen der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer und andere prominente internationale Politiker. Mit einer politischen Demonstration und Kundgebung, auf der neben dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt der norwegische Aussenminister Lange, der österreichische Vizekanzler Dr. Pittermann und Nath Pai (Indien), der Präsident der IUSY, sprechen werden, wird das Camp seinen Abschluss finden.

Es ist kein Zufall, dass das internationale Lager der IUSY in diesem Jahre in Berlin stattfindet; und das Interesse der Lagerteilnehmer an dieser Stadt und an ihren Problemen, welche Weltprobleme sind, ist deutlich spürbar. "Mögen wir alle", sagte Nath Pai, "ein wenig von dem Geist und der Atmosphäre dieser Stadt mit uns nehmen. Wir können für unsere Arbeit im Sinne des Sozialismus nur daraus lernen."

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel